

Abgeordnetenhaus BERLIN

18. Wahlperiode

Plenar- und Ausschussdienst

Wortprotokoll

Öffentliche Sitzung

Ausschuss für Wissenschaft und Forschung

70. Sitzung
30. August 2021

Beginn: 09.06 Uhr
Schluss: 10.55 Uhr
Vorsitz: Martin Trefzer (AfD)

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Siehe Beschlussprotokoll.

Punkt 1 der Tagesordnung

Aktuelle Viertelstunde

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 2 der Tagesordnung

Bericht des Senats

Siehe Inhaltsprotokoll.

Vorsitzender Martin Trefzer: Wir kommen zu

Punkt 3 der Tagesordnung

- a) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
Auswirkungen des Brexits auf den Studierendenaustausch und Erasmus
(auf Antrag der Fraktion der CDU) 0121
WissForsch
- b) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
Auswirkungen des Brexits auf Hochschulen, Forschung und Fördermittel
(auf Antrag der Fraktion der CDU) 0122
WissForsch

Hierzu: Anhörung

Als Anzuhörende begrüße ich hier vor Ort Herrn Prof. Dr. Gerhard Dannemann vom Großbritannienzentrum der Humboldt-Universität und Herrn Prof. Dr. Günter Ziegler, Präsident der Freien Universität. Herzlich willkommen Ihnen beiden! – Sie sind darauf hingewiesen worden, dass diese Sitzung live auf der Website des Abgeordnetenhauses gestreamt wird und dass die Aufzeichnung ebenfalls abrufbar sein wird. Ich gehe davon aus, dass Sie damit einverstanden sind. – Das ist richtig, danke schön! Das Wortprotokoll machen wir, wie gehabt. – Da sehe ich auch Kopfnicken. Dann darf ich die CDU-Fraktion um die Begründung des Besprechungsbedarfs bitten. – Herr Grasse, bitte!

Adrian Grasse (CDU): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Wir haben zuletzt im März 2019 im Wissenschaftsausschuss über die voraussichtlichen Folgen des Brexit für die Berliner Wissenschaft gesprochen, im Juni 2018 im Rahmen einer Anhörung über die Partnerschaft der Berliner Universitäten mit Oxford. Nun wurde mit dem Auslaufen der Übergangsphase am 31. Dezember 2020 der Austritt des Vereinigten Königreichs aus der Europäischen Union vollzogen. Der Brexit stellt eine Zäsur dar; auch für den Wissenschaftsbereich haben sich mit dem Austritt Großbritanniens aus der EU die Rahmenbedingungen in der Zusammenarbeit geändert, beispielsweise im Bereich der Forschungskooperationen oder vor allem im Bereich des Studierendenaustausches. Es freut mich sehr, und ich denke, auch den ganzen Ausschuss, dass Sie beide, Herr Prof. Dannemann und Herr Prof. Ziegler, heute den Weg hier in den Ausschuss gefunden haben, unserer Einladung gefolgt sind, dass wir uns im Hinblick auf die eigentlich erfolgreiche Partnerschaft der Berliner Universitäten mit Oxford austauschen können und Sie uns aus erster Hand berichten können. Ich freue mich, dass Sie, wie gesagt, hier vor Ort präsent sind. Das ist wahrscheinlich eine der letzten Anhörungen, die wir im Wissenschaftsbereich in der auslaufenden Legislaturperiode mit einem, wie wir finden, sehr wichtigen Thema durchführen. – Vielen Dank!

Vorsitzender Martin Trefzer: Vielen Dank, Herr Grasse! – Dann kommen wir zu den Stellungnahmen der Anzuhörenden. – Herr Prof. Dannemann, wollen Sie den Aufschlag machen? – Bitte schön!

Dr. Gerhard Dannemann (Großbritannienzentrum Humboldt-Universität zu Berlin): Herr Vorsitzender! Herr Staatssekretär! Sehr geehrte Damen und Herren! Erst einmal herzlichen

Dank für die freundliche Einladung zur heutigen Sitzung! Großbritannien hat bekanntlich beschlossen, am EU-Forschungsrahmenprogramm weiter teilzunehmen. Wir hatten eine gewisse Delle bei der Forschungskooperation, insbesondere bei der gemeinsamen Antragsstellung, aber ich gehe davon aus, dass das schnell vorüber sein wird und die Forschungszusammenarbeit nicht wesentlich unter dem Brexit leiden wird. Gerade in Berlin sind wir mit Oxford und Berlin recht gut aufgestellt, das auf sehr hohem Niveau weiterzutreiben. Deswegen werde ich meine folgenden Bemerkungen auf ERASMUS+ konzentrieren, an dem Großbritannien bekanntlich nicht mehr teilnehmen wird. Ich habe dazu im Juni vor dem Ausschuss für Europa und Bundesangelegenheiten vorgetragen. Erwarten Sie inhaltlich bitte nicht viel anderes als damals; es hat sich seitdem nicht so viel getan.

Großbritannien hat bekanntlich einseitig ein nach dem Mathematiker Alan Turing benanntes Programm aufgelegt, mit dem britische Studierende finanzielle Unterstützung für einen Studienaufenthalt im Ausland erhalten können. Großbritannien erwartet, dass die interessierten Partnerländer dazu passende Stipendienprogramme zur Verfügung stellen, die ausländischen Studierenden eine entsprechende Erfahrung in Großbritannien ermöglichen. Bis 2023 können noch Austausche unter ERASMUS+ stattfinden. Über dieses Datum hinaus wird ERASMUS+ mit Nordirland möglich sein, weil die Irische Republik dafür Patenschaft und Finanzierung übernommen hat. Wales wird ein eigenes Programm auflegen, mit dem Stipendien für Aktivitäten vergeben werden, die unter ERASMUS+ möglich sind, aber nicht mehr unter dem Turing Scheme. Schottland hat noch nicht ganz die Ambitionen auf einen Verbleib in ERASMUS+ aufgegeben, dürfte aber alternativ ein ähnliches Zusatzprogramm auflegen wie Wales.

Aus Berliner oder auch aus insgesamt deutscher Sicht lassen sich die 2023 eintretenden Probleme oder derzeitigen Unsicherheiten vereinfacht wie folgt zusammenfassen: Das größte Problem dürften derzeit Praktika in Großbritannien sein. Von den gut 5 000 Studierenden aus Deutschland, die 2019 mit ERASMUS+ einen Aufenthalt in Großbritannien nutzen konnten, verbrachten 1 500 – also fast ein Drittel – ihren Aufenthalt nicht an einer britischen Hochschule, sondern als Praktikum bei einem britischen Arbeitgeber. Die zahlenmäßig größte Gruppe betrifft Sprachpraktika, insbesondere bei der Ausbildung für Lehrer. Meine eigenen Studierenden am Großbritannienzentrum sind nur eine kleine, aber auch eine weitere Gruppe.

Zwar lassen sich über das Turing Scheme und die verbundenen ausländischen Stipendienprogramme grundsätzlich auch Praktika finanzieren, aber derzeit ist kein gangbarer Weg in Sicht, wie ausländische Studierende das dafür erforderliche britische Visum erlangen können. Großbritannien setzt zwar voraus, dass Partnerländer auch für turinggeförderte Aufenthalte Visa ausstellen, aber bisher sind in den britischen Immigrationsregeln keine korrespondierende Visa für Praktika in Großbritannien vorgesehen, und das Innenministerium mauert da auch. Da gibt es erheblichen politischen Widerstand. Visa gab es bisher für alle ERASMUS+-Studierende, also auch solche, die ein Praktikum beim British Museum, im britischen Parlament oder einer gemeinnützigen Organisation absolvieren. Der British Council wird künftig nicht mehr derartige Visa als Sponsor vermitteln können, auch die britischen Hochschulen werden hier nicht weiterhelfen können. Das betrifft neben den erwähnten Praktika für Studierende auch etwa 3 500 berufliche, also über Arbeitgeber organisierte, Praktikaplätze, die britische Arbeitgeber bisher für Praktikantinnen und Praktikanten aus Deutschland zur Verfügung gestellt haben.

Das zweitgrößte Problem sehe ich in der knappen Zeit von zwei Jahren, die bis zum Auslaufen von ERASMUS+ in Großbritannien verbleibt. Das hängt mit der noch nicht endgültig geklärten Frage zusammen, ob ein zum Turing Scheme passendes deutsches Programm in einer bilateralen deutsch-britischen Vereinbarung oder als Teil einer europäisch-britischen Vereinbarung verankert wird. Letzteres hat neben einigen Vorteilen den großen Nachteil, dass Verhandlungen zwischen EU und Großbritannien ganz andere und noch drängendere Prioritäten haben, dass die Atmosphäre zwischen den Parteien derzeit belastet ist und die Zukunft von ERASMUS+ wie schon bisher in Verhandlungen als mögliches Faustpfand bewusst keiner Lösung zugeführt werden könnte.

Das dritte Problem besteht darin, dass das Turing Scheme zwar auch Reisekosten und einen Zuschuss zu den Aufenthaltskosten abdecken soll, aber nichts zu Studiengebühren sagt. Deshalb sind unter dem Turing Scheme britische Universitäten nicht wie bisher unter ERASMUS+ verpflichtet, bei einem Austauschprogramm wechselseitig auf Studiengebühren zu verzichten. Bei den derzeitigen britischen Studiengebühren in Höhe von etwa 10 000 Euro pro Jahr ist das eine ganz erhebliche Belastung. Allerdings sind die Signale, die wir alle von britischen Universitäten hier wahrnehmen, ermutigend. Die meisten wären bereit, im Rahmen von bilateralen Abkommen mit deutschen Universitäten auf Studiengebühren zu verzichten. Außerdem sind an britischen Universitäten die Bewerbungen und damit letztlich die Studienplätze für aus der EU stammende Studierende für das kommende akademische Jahr um etwa 40 Prozent eingebrochen – einerseits sehr alarmierend für die britischen Universitäten, andererseits auch motivationsfördernd dafür, in der ERASMUS-Sache im Rahmen von Studienaustauschen deutschen Universitäten etwas entgegenzukommen.

Es ist allerdings möglich, dass der künftige Austausch in zweierlei Hinsicht eingeschränkter oder anders sein wird. Das Erste ist: Ich könnte mir vorstellen, dass britische Universitäten künftig mehr darauf achten werden, dass die Zahlen der Studierenden, die sie nach Deutschland schicken, den Zahlen der Studierenden aus Deutschland ähneln, die sie gebührenfrei zum Studium zulassen. Das würde die Anzahl der deutschen Studierenden in Großbritannien ziemlich senken. Außerdem setzt das Turing Scheme anders als ERASMUS auch auf kürzere Aufenthalte, weil die billiger sind und man damit mehr Zahlen produzieren kann. Es gibt bisher, glaube ich, keine passenden Studienangebote aus Deutschland für irgendwas, was unter einem Semester, also drei Monate Vorlesungszeit, stattfinden kann. Hier könnte auf deutsche Universitäten Druck entstehen, kürzere Austauschformate anzubieten, die nicht in eine Semesterform passen.

Das vierte Problem ist, dass das Turing Scheme ausschließlich den Austausch von Studierenden fördert und nicht wie bisher unter ERASMUS+ auch den Austausch von Lehrenden. Solche Austausche können künftig weiter mit Nordirland und Wales durchgeführt werden, vermutlich auch mit Schottland, aber nicht mit England. Hier würde ich auch weniger Probleme mit Visa erwarten als bei den Praktika für Studierende – so weit mein Überblick.

Vorsitzender Martin Trefzer: Vielen Dank, Herr Prof. Dannemann! – Dann bitte jetzt Herr Prof. Ziegler!

Dr. Günter M. Ziegler (Präsident Freie Universität Berlin): Herr Vorsitzender! Herr Staatssekretär! Meine Damen und Herren! Auch von mir herzlichen Dank für die Einladung und die Möglichkeit, über dieses doch wichtige und kritische Thema zu berichten. Ich hatte mich mit

Herrn Dannemann nicht abgesprochen, wie wir es machen, aber ich würde trotzdem wie er eben kurze Bemerkungen zur Forschung machen und dann zum Studierendenaustausch und ERASMUS kommen – was, glaube ich, der kritischere Bereich ist.

Was die Forschung angeht, vielleicht zunächst der Hinweis: Die Assoziiierung Großbritanniens an Horizon Europe ist wichtig und sichert alles, aber die ist auch noch nicht durch. Die offizielle Assoziiierung ist für Ende 2021 von der Europäischen Kommission in Aussicht gestellt worden, gilt als sicher, aber die Finanzierung ist in Großbritannien innenpolitisch umstritten, weil immer da, wo man Zahlungen an die EU macht, das den Brexiteers nicht gefällt. Es gab und gibt auch Diskussionen darüber, wie das mit der UK-Assoziiierung in strategisch kritischen Feldern wie etwa Quantentechnik oder Raumfahrt partiell gehandhabt werden soll, inwieweit man da partizipiert. Die Universitätsverbünde – und da bin ich auch aus der U15-Perspektive da – unterstützen das sehr, und wir wollen und müssen die Briten bei diesen Themen dabei haben. Was die Forschungsassoziationen angeht, ist eines der kritischen Themen im Hintergrund die Frage nach dem Datenaustausch, Datensicherheit und inwieweit die britischen Universitäten da partizipieren können, insbesondere auch bei medizinischen Daten. Da gibt es in der Forschungskooperation auch noch ein bisschen versteckte Hürden.

Wenn ich es aus Berliner Perspektive betrachte: Wir haben diese Kooperation mit Oxford, die hätte es ohne den Brexit in der Form sicher nicht gegeben, und die wird mit dem Brexit und den anderen Problemen auch immer wichtiger. Wir sind von den Berliner Universitäten her auch dabei, das zu forcieren, weitere Gelder reinzugeben und zu schauen, dass wir da vorankommen. Aus Sicht der Freien Universität sind wir besonders mit Oxford, aber auch Edinburgh unterwegs. Das ist eines dieser europäischen Universitätsnetzwerke ohne Europa. Da sehen wir noch nicht die zusätzlichen großen gemeinsamen Verbundprojekte, aber es ist so, dass die Forschungskooperation funktioniert und wir uns darauf verlassen, dass Horizon Europe weiter zur Verfügung stehen wird.

Das Ganze sieht im Bereich des Studierendenaustausches ganz anders aus. Herr Dannemann hat eben einiges dazu skizziert, und ich versuche es jetzt nur aus den unterschiedlichen Perspektiven zu ergänzen. Zunächst mal da, wo wir über Austausch aus Deutschland und aus Europa reden: In der EU haben wir diese massiven Einbrüche von im letzten Jahr 43 Prozent, wenn man die Iren rausrechnet, dann redet man über 50 Prozent. Die Zahlen aus Deutschland sind zumindest um ein Drittel gesunken. Die waren aber auch schon seit dem Brexitreferendum rückläufig. Alleine die politische Ankündigung hat schon geschadet und gar nicht erst die Durchführung. Für die deutschen Studierenden ist es ausgesprochen problematisch – Herr Dannemann hat es skizziert –, weil die ganzen Selbstverständlichkeiten, auf die wir bisher gebaut haben, nicht mehr weiter zur Verfügung stehen.

Dieses Turing Scheme wendet sich an britische Studenten, um die in die Welt zu schicken. Da ist schon bemerkenswert, dass sich das unter dieser Global-Britain-Philosophie gar nicht besonders in Richtung Europa wendet. Die Universitätsministerin hat bei der Vorstellung des Projekts mit den Zahlen zur ersten Förderrunde explizit Japan, Kanada, Australien und die USA als Ziele für das Turing Programm benannt. Ein europäischer Staat oder Europa war da gar nicht dabei. Auf europäischer, auf deutscher Seite führt das zum Wettbewerb auch der deutschen Universitäten untereinander. Es kann gut sein, dass nur die starken und bekannten Universitäten – dazu gehören dann sicher auch die Berliner Universitäten – Studierende für sich gewinnen. Dieses Turing Scheme kann auch für Großbritannien in Richtung Deutschland, in Richtung Berlin das bisherige ERASMUS+-Schema nicht gleichwertig ersetzen, auch wegen der ganzen Probleme, die wir da haben.

Wenn ich es mal aus Sicht der Freien Universität beschreibe – ein bisschen pars pro toto, aber eben auch als internationale Netzwerkuniversität unterwegs –: Wir haben bisher 31 aktive Partneruniversitäten in Großbritannien. Mit denen müssen wir Einzelverträge machen und das regeln. Das ist Problem an dem Ganzen: Wir sind mit 28 von denen da unterwegs. Bemerkenswert für die Freie Universität ist vielleicht, dass wir im Gegensatz zu den meisten anderen Universitäten durchaus einen positiven Saldo haben. Es kommen mehr Studierende aus Großbritannien, als nach Großbritannien geschickt werden. Das ist bei den meisten, auch deutschen, Universitäten anders.

Wir sind dabei, diese Einzelverträge und Partnerschaften abzuschließen und voranzubringen. Da sind die britischen Partner auch sehr aktiv dabei. Das ist aber das Schema, dass es das auch braucht, dass sich alles auf einzelne Universitätspartnerschaften reduziert, das die Bürokratie und den Regelungsbedarf wahnsinnig erhöht. Am Ende muss man sagen gewinnt in diesem Feld des Studierendenaustausches niemand aus dem Brexit. Das ist alles nur Belastung und schwieriger, komplizierter und bürokratischer und eingeschränkt – insofern eine

schlechte Sache. Das kann man von deutscher, aber auch von britischer Seite sehen. Ich meine, die britischen Hochschulen – zumindest der Großteil – stand dem Brexit kritisch gegenüber. Das kollidiert aber mit der Regierungspolitik, die mit diesem Global-Britain-Konzept die ganze Welt in den Blick nimmt, und das heißt eben auch, Europa ausblendet. Ich glaube, so weit meine Skizze. – Danke für die Einladung! Gerne nehme ich auch Fragen entgegen!

Vorsitzender Martin Trefzer: Vielen Dank, Herr Prof. Ziegler! – Wir kommen zur Ausprache und den Fragen an die Anzuhörenden. Zunächst Frau Brychcy – bitte!

Franziska Brychcy (LINKE): Vielen Dank, für Ihre Ausführungen! Ich wollte bezüglich der Sprachpraktika, das richtet sich auch ein bisschen an den Senat, nachfragen, da wir die Lehrkräfteausbildung haben und wollen, dass unsere Lehrkräfte auch nach Großbritannien gehen, ob es bezüglich der Sprachpraktika Gespräche, vielleicht auch mit der Bundesregierung, gibt.

Herrn Prof. Dannemann wollte ich auch fragen: Es gibt die Berliner Arbeitsgruppe rund um den Brexit. Gibt es da schon vorsichtige positive Signale, was die britischen Visa anbelangt oder sind wir auch noch an diesem Punkt, wie Sie schon bei der letzten Anhörung sagten, dass das sehr schwierig werden wird, überhaupt mit der Visapolitik den Austausch aufrechtzuerhalten?

Dann wollte ich nach diesem deutschen Pendant zu dem Turing-Programm fragen, ob es da schon vorsichtige Neuerungen oder erste Hinweise dazu gibt. Gibt es einen neuen Stand oder sind wir noch in den Verhandlungen? Sie sagten, zwei Jahre seien viel zu kurz, um das überhaupt auf den Weg zu bringen. Das ist mit der Frage verbunden, ob es da nicht insgesamt eine Zersplitterung gibt – Sie haben ausgeführt, dass es jetzt Zusatzprogramme von Nordirland, Wales, Schottland gibt, es gibt dieses deutsche Pendant von dem Turing-Programm, was auf den Weg gebracht wird – und ob es für junge Menschen unübersichtlicher wird, das überhaupt noch zu durchschauen: Wo kann ich mein Stipendium zu beantragen? Wie bekomme ich das hin, meine Unterhaltskosten, die Studiengebühren zu finanzieren?

Sie haben ausgeführt, dass das ein erheblicher Wirtschaftsfaktor ist, und dazu ist die Frage, ob in der Berliner Arbeitsgruppe auch die Sozialpartnerinnen und Sozialpartner Deutschlands und Großbritanniens vertreten sind, die auch Druck ausüben müssten, um zu sagen: Das sind unsere Unternehmen – britische Unternehmen, deutsche Unternehmen –, die wechselseitig Praktika anbieten, was auch zu Einstellungen führt und für den Berufsstart ziemlich wichtig ist.

Dann an Herrn Prof. Dr. Ziegler die Frage, wo wir mit diesen ganzen Einzelverträgen stehen – Sie sprachen von dem Stichwort Universitätsnetzwerk –: Können wir andere Universitäten, die kleiner sind und nicht dieselben Ressourcen haben, wie wir in Berlin, ein bisschen unterstützen, dass der Austausch mit Großbritannien immer noch stattfinden kann? Wie schätzen Sie das ein oder ist es wirklich so, dass jede Universität mit jeder britischen Universität Einzelverträge abschließt? Was bedeutet das in Ressourcen für die Universitäten? – Danke!

Vorsitzender Martin Trefzer: Vielen Dank, Frau Brychcy! – Frau Plonske, bitte!

Eva Marie Plonske (GRÜNE): Da wurden schon ganz viele Fragen gestellt – vielen Dank! Ich versuche, das mal nicht zu wiederholen. Auf der einen Seite freut es mich, dass es im Be-

reich Forschung nicht so schlimm zu kommen scheint, wie wir das noch vor einiger Zeit befürchtet haben, aber was mir bedeutend größere Sorgen macht – ich glaube, wie allen im Raum –, ist der frühe wissenschaftliche Austausch im Bereich der Studierenden und ERASMUS.

Zwei bzw. drei Fragen hätte ich tatsächlich zu diesem Themenkomplex: Sie sprachen vorhin davon, dass die Visa-Frage eine entscheidende ist, die noch in Teilen ungelöst ist. Meine Frage ist, was denn passieren müsste, um das zu lösen. Nach meinen Informationen muss man, wenn man länger als 90 Tage Aufenthalt hat, glaube ich, 348 Euro plus noch mal 470 Euro für ein Visum pro Person rechnen. Sind das Gebühren, die zum Beispiel über die ERASMUS-Förderung aufgefangen werden könnten, oder was könnte man auf der Landesebene tun, um dort zu einer Einigung zu kommen? Das sind noch mal zusätzliche Kosten zusätzlich zu den Studiengebühren, die, selbst wenn man diese Home-Fee-Regelung fortsetzen kann, nicht ganz unerheblich sind.

Was mich noch brennend interessiert: Die Anerkennung der gegenseitigen Studienleistung war bislang immer Usus und sollte auch fortgesetzt werden. Läuft das gut, oder gibt es dort zunehmend Probleme von Leistungen, die in dem jeweils anderen Land erbracht werden, oder läuft das einfach weiter wie bisher?

Und tatsächlich bei dem Bereich Studiengebühren, also dem Home-Fee-Status: Da ist mir nicht ganz klar, was man auf Landesebene tun könnte. Sie sprachen von bilateralen Abkommen, die angestrebt werden – ist das eher die Frage, bilateral zwischen der Bundesrepublik und dem UK oder eher, dass man auf die Landesebene runtergeht? Was wäre der richtige Weg, um zu schnellen Lösungen zu kommen?

Vorsitzender Martin Trefzer: Vielen Dank, Frau Plonske! – Herr Schulze, bitte!

Tobias Schulze (LINKE): Danke schön! – Ich wollte beim Thema Studiengebühren anschließen, dass man hier zwei Dinge sieht, etwa wie problematisch das Austreten eines Staates aus der EU mit allen ihren Folgewirkungen ist. Auf die politischen Implikationen hat Prof. Ziegler gerade noch mal hingewiesen. Zum Schluss sind es dann die Studierenden, die Forschung und die Wissenschaft insgesamt, die unter solchen Dingen leiden müssen. Man sieht auch, was wir mit der EU eigentlich für einen Vorteil haben, wo dieser Austausch – und das war auch das erklärte Ziel der Europäischen Union – zwischen den Mitgliedstaaten deutlich forcierter wird und unproblematisch funktioniert. Ich habe mir gerade beim DAAD angeschaut, wie aufwendig es jetzt ist, die Visa zu beantragen. Ich glaube, wir können alle nur froh sein, wenn nicht noch weitere Länder die EU verlassen, sondern wir die Europäische Union insgesamt stabilisieren und stärken. Das wäre auf jeden Fall eine gute Tat und ein sinnvolles Projekt, auch für die kommenden Generationen, für die das Reisen ohne Grenzen in der Europäischen Union zur Selbstverständlichkeit geworden ist. Man merkt hier erstmals, was alles daran hängt, wenn man einen Studierendaustausch nicht mehr auf die übliche Art und Weise organisieren kann, sondern das mit sehr viel Aufwand verbunden ist. Ihre Zahlen sprachen auch Bände, weil es mit Visa, Nebentätigkeiten usw. so kompliziert ist. Insofern glaube ich, müssen wir alles tun, um den Schaden zu minimieren.

Zur Frage der Studiengebühren hätte ich gerne gewusst, ob in den Verträgen, die die Universitäten jetzt schließen – vielleicht kann Herr Prof. Dannemann auch etwas dazu sagen, aber

Herr Prof. Ziegler insbesondere –, auch die Studiengebührenfreiheit explizit enthalten ist. Die britischen Universitäten verzichten da auf relativ viel Geld, sodass wir weiter die Möglichkeit haben, vielleicht auch Studierende anzufragen und zu sagen, dass sie wieder hingehen können und nichts bezahlen müssen. Das scheint mir doch ein Hauptargument zu sein. Wer 10 000 Euro im Jahr – ungefähr 5 000, 6 000 Euro im Semester – bezahlen muss, wird sich das dreimal überlegen. Das ist auch kein Kriterium, was besonders inklusiv wirkt. Das schließt explizit Menschen, die sich das nicht leisten können oder wollen, von diesen Austauschen aus. Das ist eine Sache, die wir auf gar keinen Fall möchten, sondern wir wollen schon, dass der Wissenserwerb insgesamt von allen wahrgenommen werden kann, unabhängig von ihrem Geldbeutel.

Dann ist die Frage, wie Sie die Chancen einschätzen, die britischen Universitäten auf Dauer doch wieder bei ERASMUS+ wieder reizubekommen; Sie sprechen ja mit denen. Gibt es da Möglichkeiten, sind die in Großbritannien auf politischer Ebene im Hintergrund aktiv, oder sagen die, die Sache ist gegessen? – Danke schön!

Vorsitzender Martin Trefzer: Vielen Dank, Herr Schulze! – Herr Förster, bitte!

Stefan Förster (FDP): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Vielen Dank, Herr Dannemann und Herr Ziegler, für Ihre Ausführungen! In der Tat, Herr Dannemann hat darauf hingewiesen, er ist beinahe Dauergast in diesem Parlament. Am 2. Juni haben Sie uns im Ausschuss für Europa- und Bundesangelegenheiten Rede und Antwort gestanden – zumindest der Kollege Schulze und die Kollegin Brychcy waren bei der Sitzung des Europaausschusses auch dabei. Da haben wir das Thema auch schon vertieft.

Das zeigt auch, dass es für beide Seiten wichtig ist. Es ist ein hochschulpolitisches Thema und ein europapolitisches Thema, wenn man den Austausch weiterführen will. Ich glaube, inhaltlich gibt es im gesamten Ausschuss keine Differenzen, dass es bedauerlich ist, dass es nicht so weitergeführt werden kann, und dass am Ende Lösungen gefunden werden müssen, um das wieder möglich zu machen. Von daher würde ich auch auf das Wortprotokoll vom 2. Juni 2021 des Europaausschusses verweisen – ich glaube, es ist auch hier verschickt worden –, da kann man das noch mal nachlesen. Zumindest für diejenigen, die das über den Livestream verfolgen: Es lohnt sich, da noch mal reinzuschauen. Herr Dannemann hat sehr ausführlich dargestellt, was er heute auch noch mal skizziert hat, welche Punkte relevant sind.

Ich will zwei weitere Aspekte aufgreifen, auch Fragen in Richtung Senat stellen – ich glaube, es war sogar der Regierende Bürgermeister, der uns hier vor einiger Zeit gesagt hat, dass die Universität Oxford selbst auf den Senat zugekommen sei und gesagt hat, sie hätten wesentlich stärkere Kooperationsinteressen als früher. Früher war es so ein bisschen: Naja, der Kontinent, wir kommen schon alleine klar. – Mittlerweile haben die Leute in Oxford erkannt, dass eine Anbindung an Kontinentaleuropa und die Europäische Union auch Sinn macht. Vielleicht können Sie, Herr Staatssekretär sagen, wie die Gespräche stehen. Es muss ja nicht nur eine Kooperation im wissenschaftlichen Bereich sein, sondern das ist auch eine Frage von Forschungskooperationen, möglicherweise von Wirtschaftskooperationen. Dass man irgendwie in den Austausch treten sollte und das Angebot, die Anfrage von Oxford annehmen sollte, ist, glaube ich, unstrittig.

Dann hätte ich gerne die Antwort auf die generelle Frage gewusst, wie es die anderen europäischen Länder machen, die vom Austausch mit Großbritannien auch betroffen sind. Dazu können vielleicht die beiden Herren noch etwas sagen. Das ist nicht nur ein Thema, was nur Deutschland betrifft, sondern letzten Endes auch den Austausch von Frankreich, Italien, Spanien, Schweden nach Großbritannien – die sind auch davon betroffen. Versucht jedes Land, eine eigene Lösung zu finden? Koordinieren sich die Länder? Was machen Ihre Partneruniversitäten, wie wird das gesehen? Das betrifft wirklich auch alle anderen 27 EU-Länder.

Den DAAD, der Deutsche Akademische Auslandsdienst, hat der Kollege Schulze schon angesprochen. Dazu wäre von mir die Frage, welche Rolle der in diesem Prozess der Neugestaltung jenseits von administratorischen Funktionen einnehmen könnte. Kann der eine tragende Rolle auch bei der Frage der Einführung von neuen Programmen einnehmen? Das wäre für mich von Interesse.

Letzte Frage – wir hatten das Thema auch in der Sitzung am 2. Juni im Europaausschuss adressiert – Europakompetenzen der Berliner Verwaltung: Das war ein weiterer Punkt, da ist auch deutlich geworden, dass es gerade in der Verwaltung und den Senatsverwaltungen mit der Europakompetenz nicht so weit gediehen ist. Vielleicht können Sie, Herr Staatssekretär, sagen, ob das Thema Austausch nach Großbritannien nicht auch ein Thema für die Berliner Verwaltung wäre – gerade Englischkenntnisse sind auch gut und von Nutzen. Ist das bei der Wissenschaftsverwaltung geplant, regelmäßig Leute in das Ausland zu schicken, um Kompetenzen der Europäischen Union zu erwerben, damit das Thema, was wir im Europaausschuss gemeinsam als Mangel erkannt haben, behoben werden kann? – Vielen Dank!

Vorsitzender Martin Trefzer: Vielen Dank, Herr Förster! – Herr Grasse, bitte!

Adrian Grasse (CDU): Vielen Dank! – Ich kann mich direkt an die Ausführungen von Herrn Förster anschließen. Vorab vielen Dank an die beiden Anzuhörenden für Ihr Kommen! Mit Ihren Einschätzungen gibt das noch mal ein anderes, besseres Bild. Einige Fragen, was die Themen Studiengebühren, Forschungskooperationen, Fördermittel angeht, sind schon gestellt worden. Da interessiert mich auch Ihre Einschätzung. Herr Förster hat die Ausschusssitzung vom 2. Juni angesprochen – da will ich den Punkt aufgreifen, ob es eigentlich eine größere Entwicklung, einen Trend dahin, gibt, dass sich mehr Studierende in Richtung Australien oder in die USA bewegen und weniger in Richtung Großbritannien. Können Sie das feststellen? Wie ist Ihre Erfahrung?

Das Zweite, was mich noch bewegt, ist an den Senat gerichtet: Wie ist das – das schwang auch bei Herrn Förster ein bisschen mit – mit der Ausgestaltung der Kooperation Berlin und Oxford? Nach meiner Erkenntnis war auch mal geplant, ein Oxfordhaus in Berlin und ein Berlinhaus in Oxford zu schaffen. Vielleicht können Sie dazu kurz sagen, wie der Stand der Dinge ist. – Vielen Dank!

Vorsitzender Martin Trefzer: Vielen Dank, Herr Grasse! – Frau Dr. Czyborra, bitte!

Dr. Ina Maria Czyborra (SPD): Ich hatte mich vor geraumer Zeit gemeldet. – Ich versuche, noch mal ganz konkret nachzufragen: Wir sind hier im Berliner Abgeordnetenhaus, im Wissenschaftsausschuss, auch am Ende einer Legislaturperiode, weshalb die Umsetzungsmöglichkeiten innerhalb dieser Legislaturperiode für irgendwelche Erkenntnisse aus der Anhö-

rung beschränkt sind, aber was können wir in der Berliner Wissenschaftspolitik oder im Berliner Parlament tun, um die Situation zu verbessern. Was wären Ihre Vorschläge für Maßnahmen, die im Bereich der Möglichkeiten Berlins und des Berliner Parlamentarismus liegen, um die Situation zu verbessern? Welche Instrumente würden Sie sich da wünschen? – Vielen Dank!

Vorsitzender Martin Trefzer: Vielen Dank, Frau Dr. Czyborra! – Jetzt kommen wir zu den Antworten. – Herr Dannemann, bitte schön!

Dr. Gerhard Dannemann (Großbritannienzentrum Humboldt-Universität zu Berlin): Danke! – Ich werde wahrscheinlich ein paar Fragen an Herrn Ziegler abgeben, der die sicher besser beantworten kann. Ich versuche es mal der Reihe nach. Frau Brychey, die Sprachpraktika – da fehlt mir etwas der Überblick, vielleicht kann Herr Ziegler mehr dazu sagen. Gibt es positive Signale für britische Visa? – Nein, bisher nicht. Es ist weiterhin so, dass die diversen Ministerien in Großbritannien nicht an einem Strang ziehen, vor allem das Innenministerium weiter mauert. Es gab schon Versuche, die Gruppe der Ausnahmen zu erweitern, nach denen Visa auch für Arbeitsaufenthalte möglich sein sollen. Bisher gab es da noch kein Entgegenkommen und kein Einsehen – so weit jedenfalls mein letzter Wissensstand.

Beim deutschen Pendant zum Turing Scheme: Es kann sein – ich komme gerade aus dem Urlaub zurück –, dass ich irgendwas übersehen habe, ich glaube nein. Mein letzter Kenntnisstand war, dass es da auch noch keinen richtigen Fortschritt gibt. Da stehen auch sehr viele Fragen im Raum, insbesondere auch, was macht die EU, was macht Deutschland bilateral.

Sie fragten auch nach der Brexit-Arbeitsgruppe der Berliner Universitäten. Die hat sich im Sommer noch nicht wieder getroffen. Ich denke, das wird im kommenden Monat wieder der Fall sein. Ich kann, was das betrifft, keine Neuerung vermelden.

Sie fragten, ob die Sozialpartnerinnen und Sozialpartner dort vertreten seien. – Nein, das wäre vielleicht auch nicht der richtige Ort, da sich diese Gruppe wirklich auf die Auswirkungen auf die Universitäten und die Hochschulen konzentriert. Das Problem bei den Praktika ist zahlenmäßig – wie ich gerade schon gesagt habe – für die von der Wirtschaft organisierten mindestens so groß, wie für das der Studienpraktika, und es wäre sicher sehr sinnvoll, die Bemühungen dort zu koordinieren. Insofern nehme ich das mal als eine Anregung auf, dass man sieht, wie man da vielleicht besser Kontakt aufnimmt.

Frau Plonske! Visagebühren und die Anerkennung gegenseitiger Studienleistungen: Visagebühren waren früher schon ein Problem. Das Bundesverfassungsgericht hat es deutschen öffentlichen Institutionen verboten, über Gebühren mehr zu erheben, als typischerweise mit Kosten verbunden ist. Eine solche Regelung gibt es in Großbritannien nicht. Die Visa dienen zu einem erheblichen Teil auch der Finanzierung des Staatshaushaltes. Wir sind glücklicherweise noch nicht an dem Punkt, wo die britische Regierung 8 000 Pfund für ein Visum verlangt, wie sie es für den Ehegattennachzug tut. Die Beträge sind in aller Regel im mittleren dreistelligen Bereich, aber es ist ein Problem. Man kann auf deutscher Seite dem etwas entgegensteuern, indem man Visagebühren auch in einem turingpassenden Abkommen mit einbaut. Die britische Regierung macht das umgekehrt. Man kann über Turing Visagebühren bekommen, aber nur, wenn man wirtschaftlich benachteiligt ist, also aus einem finanziell weniger begüterten Hintergrund kommt. Da könnte man etwas machen.

Anerkennung gegenseitiger Studienleistungen: Da habe ich bisher keine besonderen Probleme gesehen und erwarte sie eigentlich auch nicht. Da hat sich wenig geändert, außer dass Großbritannien selbst nicht mehr über die EU in den Bolognaprozess eingebunden ist. Ich glaube, die Sachen funktionieren ganz gut. – Ich hoffe, damit habe ich Ihre Fragen abgearbeitet, jedenfalls so weit ich sie beantworten kann. – Herr Grasse fragte nach dem Trend nach den USA und Australien. Da könnte ich nicht mehr als Anekdotisches sagen, vielleicht hat Herr Ziegler da einen besseren Überblick.

Frau Czyborra! Was können wir tun? Das ist klar: Was kann ein Berliner Abgeordnetenhaus machen, um die Probleme zu entschärfen? – Ich denke, im Wesentlichen: Sie halten sich informiert und liefern die Grundunterstützung für alle deutschen Bemühungen – auch in Bezug auf den DAAD, um gleich die nächste Frage von Herrn Förster vorwegzunehmen, der sicher eine zentrale Rolle einnehmen wird und muss; das ist ganz wichtig –, vielleicht auch durch Ihr Interesse, durch Anhörungen wie diese, durch Nachfragen auch bei der Senatsverwaltung, als Senatsverwaltung bei den Konsultationen mit den Bundesländern diese Probleme ständig vorzutragen und dafür zu sorgen, dass sie gelöst werden. Ich denke, das Parlament kann eher in diesem Sinne tätig werden.

Studiengebühren: Ich gehe davon aus, dass diese einzelnen Verträge das regeln – das wird Herr Ziegler Ihnen sicher besser sagen können als ich. Ich darf auch noch sagen: 10 000 Euro sind das, was die britischen Studierenden zahlen und was die EU-Studierende bisher gezahlt haben, aber seitdem Großbritannien aus der EU raus ist, sind die EU-Studiengebühren nicht mehr identisch mit den britischen. Das heißt, da könnten auch 40 000 Euro für ein Studienjahr abgerufen werden. Insofern ist das ein umso drängenderes Problem.

Gibt es eine Chance, dass die britischen Universitäten Druck machen, dass man ERASMUS wieder haben wird? – Unter der jetzigen Regierung wahrscheinlich nicht. Es könnte sein, wenn Großbritannien neu wählt und eine andere Regierung bekommt, dass man sich überlegt, ob man nicht doch wieder bei ERASMUS einsteigt, aber ich fürchte, wir müssen uns darauf einstellen, auf absehbare Zukunft, dass Großbritannien nicht in ERASMUS sein wird, mit der Ausnahme Nordirland. – Die Frage von Herrn Förster hatte ich schon beantwortet, glaube ich.

Vorsitzender Martin Trefzer: Vielen Dank, Herr Prof. Dannemann! – Jetzt bitte Herr Prof. Ziegler!

Dr. Günter M. Ziegler (Präsident Freie Universität Berlin): Danke, das waren eine Menge Fragen! Ich versuche, nach meiner eigenen Gliederung zu gehen. Ich wollte zunächst noch mal zum Bereich der Forschung auf der einen Seite feststellen: auch wenn wir gesagt haben, dass wir nicht die Einbrüche in der Forschungscooperation usw. sehen, heißt das nicht, dass die nicht da sind und nicht noch kommen. Ich habe vorgestern mit Alastair Buchan in Oxford geredet, der sagte, aus britischer Sicht haben wir die erwarteten Einbrüche in der Forschung, in der Zusammenarbeit, in den Netzwerken, in den Post-Graduate-Austausch usw. Die sind alle da, quantifiziert auf ein Viertel. Er meint, das sei nur durch Corona kaschiert, dass man das noch nicht sieht. Auch da glaube ich, zumindest aus der britischen Perspektive, ist das schlimm, was sich da tut.

Was politische Aktivitäten angeht, auch europaweit, sowohl in der Forschungskooperation als auch in der Frage, ob man ein ERASMUS wieder aufgestellt bekommt, ist gerade schon gesagt worden, dass das eigentlich nicht so aussieht. Wir sind auch in den Universitätsnetzwerken unterwegs. In Deutschland ist das unter anderem die U15, die 15 größten geisteswissenschaftlichen Universitäten, wo die HU und die FU auch dabei sind. Wir haben als Partner gegenüber die Russell Group, wenn man UDICE und LERU noch dazu nimmt, sind das 77 europäische Spitzenuniversitäten, die tun, was sie können, um die Kooperation hinzubekommen. Das kann man sagen.

Auch die Sache – das war angesprochen worden –, dass Oxford mit Berlin kooperiert: Oxford hatte bisher überhaupt keine strategischen Partnerschaften und dass Oxford jetzt gesagt hat, dass sie mit Berlin kooperieren wollen, ist ein Ergebnis des Brexit. Insofern, wenn Sie wollen, ein positives Ergebnis. Diese Berlin-Oxford-Kooperation ist schon etwas Besonderes.

De facto ist es so – da komme ich zum Austausch und den Sachen, die wir z. B. von der FU her machen –, wenn ich bilateral sage, dann heißt das gar nicht Deutschland oder Berlin/Großbritannien, sondern dann heißt es wirklich FU mit einzelnen britischen Universitäten, genauso von HU, TU. Da wird bilateral zwischen den Universitäten verhandelt, was ursprünglich und bisher einfach europaweit funktioniert hat. Das ist ein Desaster, und da hängen die gesamten Aspekte dran: von der Anerkennung der Studienleistungen – die sind weniger ein Problem –, die Visagebühren, die Studiengebühren usw., diese ganzen Aspekte. Das ist alles sehr viel schwieriger, sehr viel aufwendiger geworden. Es treibt uns auch in verschiedener Hinsicht in blödsinnige Konkultursituationen der Universitäten gegeneinander, die nicht gut sind.

Das Gegenstück zu diesem Turing Scheme: Das Turing Scheme geht, wie gesagt, in die ganze Welt und nicht nur nach Europa. Was wir unter anderem haben, ist das PROMOS-Programm, was, glaube ich, ein DAAD-Programm ist, was aber auch nicht speziell Großbritannien ist. Die Studierenden, die wir versuchen über dieses Programm zu finanzieren, dass sie nach Großbritannien gehen können, stehen in Konkurrenz mit den Studierenden, die in die USA, nach Australien, weiß Gott wohin auf dem Globus wollen. Von der FU stecken wir da eigenes Haushaltsgeld rein, um möglichst vielen Studierenden die Dinge zu ermöglichen, die sonst nicht möglich sein könnten.

Vielleicht nur als eine Beobachtung, die zeigt, wie tief wir gesunken sind: Im vergangenen Jahr hatten die Briten erstmals mehr chinesische Bewerber auf ein Studium in Großbritannien als europäische Bewerber. Das zeigt auch, was da passiert und was es für Einbrüche gibt. Das liegt auch wieder daran, dass das Bewerben aus Deutschland, aus Europa nach Großbritannien so unendlich viel schwieriger, komplizierter, unsicherer und teurer geworden ist, aber das ist das, wo wir sind.

Was die Frage angeht, was wir von Berlin aus machen können: Ich glaube, dass die Berlin-Oxford-Partnerschaft etwas sehr Großes, etwas Stabiles und sehr Wichtiges ist. Da sind wir mit den Berliner Universitäten gemeinsam unterwegs. Das ist sehr lebendig, in ganz unterschiedlichen Aktionen und Förderlinien: von den Beauftragten, die wir neu in Berlin haben, das Institut für Advanced Study, das wir aufbauen, die Einstein Visiting Fellowship, die Programme, die wir auch aus der Berlin University Alliance auflegen und die die Kooperation stärken. Die eine Sache – aber das ist eine technische Sache, die zwischen der Senatsverwaltung für Wissenschaft und der Finanzverwaltung auszuhandeln ist –, die für uns wichtig ist, ist, dass die Gelder, die wir eben auch vom Senat für die Berlin University Alliance haben und die wir dezidiert in Oxford reinstecken, die Übertragbarkeit bekommen oder haben, die wir brauchen, da wo wir die Gelder aus diesem Doppelhaushalt noch nicht allokieren oder ausgeben konnten. Das liegt dann an den bekannten vielen verschiedenen Sachen, sicherlich nicht daran, dass uns Oxford weniger interessiert; Oxford ist für uns sehr wichtig. – Ich glaube, so viel dazu im Moment. Ich hoffe, wir haben die meisten Fragen beantwortet.

Vorsitzender Martin Trefzer: Vielen Dank, Herr Prof. Ziegler! – Herr Schulze, bitte schön!

Tobias Schulze (LINKE): Ich möchte noch mal zu den Studiengebühren in den Verträgen nachfragen, ob Sie das hinbekommen, dass die deutschen Studierenden, wenn sie ins UK gehen, keine Studiengebühren zahlen müssen oder ob die britischen Universitäten darauf bestehen.

Vorsitzender Martin Trefzer: Vielen Dank! – Herr Förster, bitte!

Stefan Förster (FDP): Ich habe auch die Nachfrage – vielleicht habe ich es auch in der Antwortsammlung überhört –, wie die anderen europäischen Länder mit dem Thema umgehen. Gibt es Bemühungen der Hochschulen untereinander, das zu koordinieren – weil alle Länder der EU davon betroffen sind –?

Vorsitzender Martin Trefzer: Wer möchte antworten? – Herr Prof. Dannemann, bitte!

Dr. Gerhard Dannemann (Großbritannienzentrum Humboldt-Universität zu Berlin): Die Frage von Herrn Förster habe ich tatsächlich übersehen – tut mir leid! –, aber ich kann sie auch nicht beantworten; ich weiß es ehrlich gesagt nicht. Die Nachfrage von Herrn Schulze wird Ihnen Herr Ziegler viel besser beantworten können als ich.

Vorsitzender Martin Trefzer: Vielen Dank! – Herr Prof. Ziegler, bitte!

Dr. Günter M. Ziegler (Präsident Freie Universität Berlin): Da bin ich auch nicht sicher, ob ich es weiß. Das mit den Studiengebühren usw. wird verhandelt und soweit ich weiß, ist das wieder bei jeder Universität anders. Zu erkennen ist schon der politische Wille der britischen Universitäten, auch Top-Universitäten, den Austausch wirklich zu halten und möglich zu machen. Das heißt, soweit es Regelungskompetenz der einzelnen Universitäten ist, sind wir da sehr viel besser dran, als wenn wir mit der Regierung verhandeln müssten. Nichtdestotrotz ist es auch so, dass der Brexit britische Universitäten dort in finanzielle Schieflage bringt, wo sich die Universitäten auch über ausländische Studierende finanzieren und denen massiv Sachen eingebrochen sind. Ich habe das gehört und habe es nicht schriftlich, dass es schon vor ein, zwei Jahren aus Oxford hieß, dass die Oxford-Universität sich selbst verändert, weil die

kleinen Colleges in dieser Situation de facto pleitegehen und von den großen Colleges aufgekauft werden, die dann andere Möglichkeiten haben. Unter dem Brexitdruck verändern sich auch die britischen Spitzenuniversitäten von innen, und in dem ganzen Spiel – das kein Spiel ist – sind die ausländischen Bewerber usw. auch eine finanziell wesentliche Komponente.

Vorsitzender Martin Trefzer: Vielen Dank, Herr Prof. Ziegler! – Dann kommen wir zu den Antworten des Senats. Vielleicht können Sie, Herr Krach, noch etwas dazu sagen, wie das in den anderen Bundesländern teilweise gehandhabt wird. – Bitte schön!

Staatssekretär Steffen Krach (SKzL): Ganz herzlichen Dank! – Zu dem Bereich der Forschung hat Herr Ziegler schon einiges gesagt. Insgesamt kann man sagen, dass es die Kooperation mit Oxford gibt, ist ein riesiger Gewinn für die Berliner Universitäten, das aber durch den Brexit nicht leichter geworden ist; das muss man auch ganz klar sagen. Trotzdem bin ich optimistisch, dass wir insbesondere durch die starke Koordination auch der Berlin University Alliance und dem Personal, was dafür zusätzlich zur Verfügung steht, einiges auf die Beine stellen können.

Ich hätte mir auch gewünscht, dass wir heute schon ein Stück weiter sind, aber auch da muss man sagen, dass es eineinhalb Jahre Pandemie sind, es haben im Prinzip keine Besuche stattfinden können, auch der Regierende Bürgermeister und ich wären mindestens noch einmal dort gewesen, bzw. auch die Leitung der Oxford-Universität wäre in Berlin gewesen, um einige Details miteinander zu besprechen. Das ist pandemiebedingt leider nicht so schnell umgesetzt worden, wie wir uns das gewünscht hätten.

Bezüglich eines Büros in Oxford – danach wurde auch gefragt, ich weiß gar nicht mehr, ob vom Abgeordneten Förster oder vom Abgeordneten Grasse –: Da laufen aktuell nach wie vor die Gespräche. Es ist Geld vom Senat für eine Anmietung zur Verfügung gestellt worden. Da hat es, dadurch dass keine Veranstaltungen und kein Austausch stattfinden konnten, Verzögerungen gegeben, auch coronabedingt. Nach Mitteilung der aktuellen Sprecherin der Berlin University Alliance, Frau Kunst, ist es so, dass das wieder intensiviert werden soll, und wir dann möglichst bald zumindest ein temporäres Büro haben, bevor vermutlich mittelfristig etwas Größeres gesucht werden soll.

Dass es diese Kooperation – das will ich noch mal betonen – überhaupt gibt, ist aus meiner Sicht auch Ergebnis dessen, was wir durch die Exzellenzstrategie, durch die Kooperation der vier Institutionen – also den drei Universitäten und der Charité – erreicht haben. Da liegt noch deutlich mehr Potenzial als das, was wir in den letzten eineinhalb, zwei Jahren ausgeschöpft haben, da kann man noch deutlich mehr machen. Ich glaube, aufgrund des Brexit ist es noch mal wichtiger geworden, dass wir das intensivieren und dass wir das ausbauen. Unsere Unterstützung für all die Projekte hat es in der Vergangenheit immer gegeben und wird es auch in der Zukunft geben, weil uns diese Kooperation wichtig ist. Auch wenn politische Entscheidungen in Großbritannien getroffen worden sind, die wir uns alle anders gewünscht hätten, ist es umso wichtiger, dass dann Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler zusammenarbeiten, dass es diese Kooperation weiterhin gibt und vor allem auch einen Austausch. Das ist auch noch wichtig, dass es nicht nur um Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler geht, sondern auch um Studierende. Dieser Austausch ist für die Studierenden in Großbritannien durch den Brexit zumindest nicht einfacher geworden, deswegen wollen wir das zumindest hier für den Standort Berlin gewährleisten.

Zu der Frage, ob das auch andere Bundesländer machen: Ja, es gibt auch Initiativen aus anderen Bundesländern, aber auch da würde ich sagen, dass keine Kooperation so eng und so intensiv ist, wie die, die wir in den letzten zweieinhalb Jahren eingeleitet haben. Das wurde in den anderen Bundesländern auch beobachtet und sich im Detail angeschaut. Die Dinge, die wir in verschiedenen Papieren zwischen Oxford und Berlin vereinbart haben, wurden auch von anderen Bundesländern angeschaut, und es wurde versucht, so etwas zu übernehmen, aber diese Intensität, die wir in den letzten Jahren vorangebracht haben, gibt es so, zumindest nach den mir vorliegenden Informationen, an den anderen Standorten in Deutschland nicht. – Vielen Dank!

Vorsitzender Martin Trefzer: Vielen Dank, Herr Staatssekretär! – Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen mehr und kommen zu dem Schluss der Anhörung und der protokollarischen Frage, ob wir den Besprechungspunkt vertagen oder heute abschließen wollen. – Ein Blick zur CDU-Fraktion – Herr Grasse, was schlagen Sie vor?

Adrian Grasse (CDU): Ich schlage vor, dass wir das heute abschließen.

Vorsitzender Martin Trefzer: Ich sehe keinen Widerspruch, dann machen wir das so. Damit erkläre ich diesen Punkt für abgeschlossen. Ich möchte mich ganz herzlich bei Ihnen, Herr Prof. Ziegler, Herr Prof. Dannemann, bedanken, dass Sie uns heute mit Ihrer Expertise zur Verfügung gestanden haben. – Herzlichen Dank!

Punkt 4 der Tagesordnung

Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 18/3384 Einrichtung eines Berliner Instituts für Aerosolforschung	<u>0133</u> WissForsch(f) GesPflegGleich
---	--

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 5 der Tagesordnung

Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 18/3784 Kein Genderzwang an Berliner Hochschulen	<u>0151</u> WissForsch
--	---------------------------

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 6 der Tagesordnung

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 18/3812
**Aufwandsentschädigung für Medizinstudenten im
Praktischen Jahr**

[0152](#)
WissForsch
GesPflegGleich(f)
Haupt

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 7 (neu) der Tagesordnung

Antrag der Fraktion der FDP
Drucksache 18/4054
**Zukunftschancen eröffnen – eine MINT-Strategie
für Berlin**
(vorab überwiesen)

[0153](#)
WissForsch
BildJugFam(f)

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 8 (neu) der Tagesordnung

Verschiedenes

Siehe Beschlussprotokoll.